

8. November 2022

Offener Brief

an den Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Belit Onay

Zum Haushaltssicherungskonzept XI von 2023 bis 2026

im Bereich der sogenannten 'freiwilligen Leistungen' im Zuwendungsverzeichnis

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Belit Onay,

mit Sorge und Unverständnis schaut die Freie Kunst und Kulturszene Hannovers auf die Sparpläne der Stadt Hannover.

Wir wissen nicht, wo und wie die Einsparungen erreicht werden sollen, die ab 2025 geplant sind im Bereich der sogenannten Zuwendungen oder auch „freiwilligen Leistungen“ der Stadt – in der Höhe von acht Millionen Euro.

Was finden wir im Zuwendungsbereich 2022?

Bei einer Gesamtsumme von 154,6 Millionen Euro erscheint eine Einsparsumme von acht Millionen Euro, also eine Reduzierung von knapp fünf Prozent im Verhältnis zu vielen anderen Bereichen immer noch hoch und entschieden nicht vergleichbar mit der städtischen Verwaltung insgesamt.

Aber im Zuwendungsverzeichnis 2022 finden sich überwiegend Pflichtausgaben: 90.399.032 Euro mit Steigerungen in den Folgejahren.

Ausgewiesen im Zuwendungsbereich sind Leistungen zur Erfüllung kommunaler Pflichterfüllung (vor allem Kitas) in Höhe von 71.372.451 Euro. Nimmt man die Schulkinderbetreuung mit Kosten von 19.026.581 Euro mit hinzu, die ab 2026 ebenfalls zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehört und mit einem Rechtsanspruch verbunden ist, liegen wir mit den Pflichtaufgaben insgesamt bei 90.399.032 Euro.

Der allergrößte Teil der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ ist also überhaupt nicht freiwillig.

Hier werden Pflichtaufgaben der Stadt finanziert, die freie Träger engagiert und in der Regel deutlich günstiger als die Stadt selbst leisten. Hier sind Kürzungen nicht möglich. Im Gegenteil, in diesen Bereichen wird es in den Folgejahren weiterhin Steigerungen geben müssen. Die Stadt hinkt dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung hinterher, die Schulen müssen die Betreuungsangebote im Nachmittagsbereich weiter ausbauen, um den Rechtsanspruch ab 2026 zu gewährleisten.

Mit den verbleibenden Zuwendungen sind wir nun also bei 64.193.887 Euro.

Gehört das andere alles hierhin?

Wir finden im Zuwendungsverzeichnis Zuwendungen an Institutionen und städtische Betriebe, die man hier nicht vermuten würde. Mit dabei die Hannover Marketing und Tou-

rismus GmbH (HMTG), der Kinderbaulandbonus, die Aufwendungszuschüsse zur Sicherung der Wohnraumversorgung, Hannover-Impuls oder die Hannover Region Grundstücksgesellschaft mbH (HRG).

Besonders apart sind die „Verlustausgleiche“ für die hannoverschen Altenheime in Höhe von 1,7 und für das Hannover Congress Centrum (HCC) in Höhe von 6,2 Millionen Euro.

Nimmt man nun die Zuwendungen in den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales, Frauen und Gleichstellung, Sport, Senioren, Klima und Umwelt, Bezirksräte und Kultur, bleibt hier eine Gesamtsumme in Höhe von etwas über 54 Millionen Euro übrig. In dieser Summe ist auch enthalten die gesamte Kinder- und Jugendarbeit mit 22,464 Millionen Euro. Auch diese Arbeit gehört zu den Pflichtaufgaben einer Kommune und muss nach dem Subsidiaritätsprinzip in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe geleistet werden.

54 Millionen Euro für Engagement und Vielfalt bleiben übrig!

Aus unserer Sicht gehören soziale und Frauenberatungsstellen, Familienbildung, Jugendeinrichtungen und Jugendwerkstätten genau wie die kulturelle Vielfalt unserer Stadt zur Daseinsvorsorge. Die jeweiligen Summen sind gering und liegen in der Regel zwischen 10.000 und 100.000 Euro jährlich pro Zuwendungsempfänger.

Hinter diesen Summen stehen hunderte von Trägern, in der Regel gemeinnützige Vereine. Das ehrenamtliche Engagement von tausenden von Hannoveraner:innen ermöglicht eine bunte und vielfältige Trägerlandschaft und entspricht dem Selbstverständnis und Grundsatz der Stadt, Aufgaben dort abzugeben, wo andere sie selbstverwaltet und kostengünstig besser machen können.

Vielleicht wäre es hilfreich, dem Land Niedersachsen mit dem Antrag auf Haushaltsbewilligung diese Zahlen einmal in dieser Klarheit vorzulegen und damit dem Irrglauben vorzubeugen, die freien Träger in Hannover schlugen sich die Bäuche voll.

Was sollen wir denken?

Alle reden von der wichtigen – oder auch systemrelevanten – Rolle von Kunst und Kultur.

Mit dem Kulturentwicklungsplan der Stadt Hannover wurde eine regelmäßige 1,5-prozentige Erhöhung des Kulturetats vereinbart.

Aber:

Die Kunst- und Kulturschaffenden ächzen unter den Folgen der Corona-Pandemie und der Schwierigkeit, die Besucherinnen und Besucher, die Nutzerinnen und Nutzer nach zwei abstinenter Jahren neu zu gewinnen.

Die Energiekrise und Preissteigerungen sind für uns alle eine ebenso reale wie katastrophale Entwicklung, die sich sowohl auf die Arbeit der Kunst- und Kulturschaffenden selbst auswirkt als auch auf die Möglichkeiten der Nutzer:innen von Kunst und Kultur.

Die Kürzungen von acht Millionen im Zuwendungsbereich – ohne die beschriebenen Pflichtaufgaben, aber incl. Verlustausgleich, Aufwendungszuschüsse zur Wohnraumversorgung, HMTG etc. – beziehen sich tatsächlich auf einen Betrag von 64.193.887 Euro. Das entspricht einer Kürzung von über zwölf Prozent!

Das ist nicht gerecht, nicht tragbar für diejenigen, die in diesem Bereich arbeiten und eine Katastrophe für die Menschen, die diese Angebote in Hannover nutzen und auf sie angewiesen sind.

Eine solche Kürzung schränkt die Vielfalt und Qualität der Daseinsvorsorge in Hannover massiv ein und kann nicht funktionieren.

Die Politik hat lange gebraucht, um eine regelmässige Steigerung der Zuwendungen zum Ausgleich für Lohn- und Preissteigerungen in Höhe von 1,5 Prozent zu beschließen.

Darüber sind wir sehr froh!

Diese Entscheidung der Politik ist nicht zurückgenommen!

Die Politik hat weiterhin entschieden, den Kulturbereich zusätzlich mit 1,5 Prozent im Gesamtetat auszustatten. Auch das ist richtig und wichtig für eine so diverse und vielfältige Stadt- und Trägerlandschaft und für unsere Demokratie.

Wir fordern,

das Zuwendungsverzeichnis von Positionen zu bereinigen,

- die Pflichtaufgaben beschreiben,
- Verlustausgleiche sind
- oder für städtische Eigenbetriebe oder deren Aufgaben bestimmt sind.

Wir erwarten

- eine Rückname der Kürzungsabsichten im Zuwendungsbereich.

Nach wie vor liegen die Finanzausgaben Hannovers im Kulturbereich am unteren Ende im Städtevergleich.

Eine engagierten Kulturarbeit in Hannover hat und braucht auch zukünftig eine engagierte Kulturverwaltung und eine Dezernentin / einen Dezernenten, dem das ein Anliegen ist.

VereinteKultur

Interessenvertretung Freie Kunst und Kultur Hannover e.V.

für den Sprecher:innenrat

gez. Luna Jurado, Klaus Gürtler, Ingrid Wagemann